

Bern, 1. September 2016

Medienmitteilung

Bundesrat ignoriert die Bedürfnisse der Wirtschaft

FDP will Regulierungskosten eindämmen

Heute entschied der Bundesrat, der überbordenden und wirtschaftsfeindlichen Regulierung weiterhin freien Lauf zu lassen. Das ist ebenso unverständlich wie es unverantwortlich ist. Die von der FDP-Liberalen-Fraktion eingereichte [Motion zur Einführung einer Regulierungsbremse](#) wurde von der Landesregierung links liegengelassen. Der Bundesrat anerkennt das Problem der Regulierungskosten, versteckt sich bei der Bekämpfung aber einmal mehr hinter formalen Argumenten und lässt jeglichen Willen zur Senkung unnötiger Regulierungen vermissen.

Die Motion fordert, dass Gesetzesänderung und neue Regulierungen, die für mehr als 10 000 Unternehmen zu höheren Kosten führen oder die die Regulierungskosten über einer noch zu definierenden Kostenschwelle ansteigen lassen, in den Gesamtabstimmungen beider Räte einem qualifizierten Mehr zu unterstellen sind. Damit soll verhindert werden, dass die Wirtschaft allgemein und insbesondere die KMU von unnötig hohen Kosten erdrückt werden.

Regulierungen kritisch hinterfragen

Eine Studie der Universität St. Gallen schätzte die Regulierungskosten 2010 auf etwa 50 Milliarden Franken. Für das laufende Jahr kann man davon ausgehen, dass sie rund zehn Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmachen. Die FDP führte bereits Anfang 2015 eine Anti-Bürokratie-Tagung durch und machte auf den stetigen Anstieg dieser Kosten aufmerksam. Andere Länder machen gute Erfahrungen mit Massnahmen zur Eindämmung ausufernder Bürokratie. So hinterfragt beispielsweise in Holland der externe und unabhängige Ausschuss Actal Regulierungen kritisch und gibt zu Handen der Regierung und des Parlamentes entsprechende Empfehlungen ab.

Regulierungskosten eindämmen

Genau hier will die nun vom Bundesrat abgelehnte Motion ansetzen. Sie fordert aufbauend auf der [von der FDP geforderten Regulierungsfolgeabschätzung](#) und auf der bewährten Schuldenbremse ein Instrument, um den Anstieg der Regulierungskosten einzudämmen. Dass der Bundesrat hier nicht mitmachen will, ist ebenso unverständlich wie unverantwortlich.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Hans-Ulrich Bigler, Nationalrat, 079 285 47 09
 - › Karin Keller-Sutter, Ständerätin, 071 244 18 84
 - › Beat Walti, Nationalrat, 079 296 72 25
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Arnaud Bonvin, Pressesprecher Westschweiz, 079 277 71 23
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.